

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie*

VORLÄUFIG  
**2004/2150(INI)**

5. Januar 2005

## **ENTWURF EINES BERICHTS**

über Wissenschaft und Technologie – Leitlinien für die Forschungsförderung  
der Europäischen Union  
(2004/2150(INI))

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Berichterstatlerin: Pia Elda Locatelli

PR\_INI

## INHALT

	<b>Seite</b>
ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....	3
BEGRÜNDUNG .....	8

## ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

### zu Wissenschaft und Technologie – Leitlinien für die Forschungsförderung der Europäischen Union (2004/2150(INI))

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Wissenschaft und Technologie: Schlüssel zur Zukunft Europas – Leitlinien für die Forschungsförderung der Europäischen Union“ (KOM(2004)0353),
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen der Präsidentschaft zur künftigen gemeinschaftlichen Politik zur Forschungsförderung, die von einer großen Mehrheit der Delegationen im Rat (Wettbewerbsfähigkeit) vom 25./26. November 2004 unterstützt wurden<sup>1</sup>,
- unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm (RP6) der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006)<sup>2</sup>,
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „In die Forschung investieren: Aktionsplan für Europa“ (KOM(2003)0226),
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 18. November 2003 zu der Mitteilung „In die Forschung investieren: Aktionsplan für Europa“<sup>3</sup>,
- in Kenntnis der Mitteilungen der Kommission zu Frauen und Wissenschaft, zur Rolle der Universitäten im Europa des Wissens, zu den Karrieremöglichkeiten europäischer Forscher, zur Grundlagenforschung, zur Nanotechnologie und zur Sicherheitsforschung (KOM(1999)0076, KOM(2003)0058, KOM(2003)0436, KOM(2004)0009, KOM(2004)0338, KOM(2004)0590),
- in Kenntnis der Mitteilungen der Kommission zur finanziellen Vorausschau der Union 2007-2013 (KOM(2004)0101, KOM(2004)0487),
- in Kenntnis des Berichts des Expertengremiums für den Europäischen Forschungsrat unter Vorsitz von Federico Mayor<sup>4</sup>,
- in Kenntnis des Berichts einer hochrangigen Expertengruppe unter Leitung von Professor Ramon Marimon „Evaluierung der Effektivität der neuen Instrumente des Sechsten Forschungsrahmenprogramms“<sup>5</sup>,

---

<sup>1</sup> Rat der Europäischen Union, 26.11.2004 – 14687/04 (Presse: 323)

<sup>2</sup> ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 1

<sup>3</sup> ABl. C 87 E vom 7.4.2004, S. 60

<sup>4</sup> [http://www.ercexpertgroup.org/documents/ercexpertgroup\\_final\\_report.pdf](http://www.ercexpertgroup.org/documents/ercexpertgroup_final_report.pdf)

<sup>5</sup> [http://www.cordis.lu/fp6/instruments\\_review/](http://www.cordis.lu/fp6/instruments_review/)

- in Kenntnis des Berichts der hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok über die Lissabon-Strategie<sup>1</sup>,
- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie und der zwei Vorschläge der Kommission für eine Empfehlung zur Erleichterung der Zulassung von Drittstaatsangehörigen in die Europäische Gemeinschaft zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung (KOM(2004)0178),
- in Kenntnis des von einer Interservice-Arbeitsgruppe der Kommission zu Technologieplattformen zusammengestellten Berichts<sup>2</sup>,
- gestützt auf Artikel 45 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A6-0000/2005),

in der Erwägung, dass

- A. die Umsetzung der Lissabon-Strategie mit dem RP6 begann, das eine neue Dynamik im Forschungsbereich schuf und neue Instrumente zur Schaffung eines Europäischen Forschungsraums (EFR) einführte,
- B. die Kommission konsequent vorging und der Forschung in ihren Vorschlägen für die neue Finanzielle Vorausschau der EU höchste Bedeutung beimaß und vorschlug, die Haushaltsmittel für das RP7 zu verdoppeln,
- C. im Bericht Kok eine wachsende Attraktivität Europas für Forscher und Wissenschaftler festgestellt wurde und Forschung und Wissenschaft als ein Bereich höchster Priorität unter den Politikbereichen bezeichnet wurde, der dringender Maßnahmen bedarf,
- D. im Marimon-Bericht die Instrumente des RP6 gebilligt werden und die Notwendigkeit der Kontinuität bei der Planung der Forschungsprogramme betont wird, in diesem Bericht aber auch einige von Korrekturmaßnahmen vorgeschlagen werden,
- E. die Grundlagenforschung für erfolgreiche Innovationen von entscheidender Bedeutung ist und eine eingehende Diskussion auf europäischer Ebene seit zwei Jahren über die Notwendigkeit einer Struktur (Europäischer Forschungsrat) zur Unterstützung einer von vorbestimmten Themenstellungen freien Grundlagenforschung im Gange ist,
- F. die EU schätzungsweise 700.000 neue, gut ausgebildete Forscher bis 2010 braucht, wenn das Ziel von Investitionen in Höhe von 3% des BIP in Forschung und Entwicklung erreicht werden soll,
- G. es notwendig ist, bei den jungen Menschen eine neue Begeisterung für die Wissenschaft zu wecken und wissenschaftliche Laufbahnen zu fördern, wobei besonders der Beteiligung von Frauen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss,

---

<sup>1</sup> [http://europa.eu.int/comm/councils/bx20041105/kok\\_report\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/councils/bx20041105/kok_report_en.pdf)

<sup>2</sup> [ftp://ftp.cordis.lu/pub/technology-platforms/docs/tp\\_report\\_defweb\\_en.pdf](ftp://ftp.cordis.lu/pub/technology-platforms/docs/tp_report_defweb_en.pdf)

- H. die Mobilität der Forscher in der EU und auch die Mobilität zwischen EU und Drittländern, öffentlichen und privaten Forschungszentren, Universitäten und Industrie, wesentliche Elemente im Hinblick auf Wissenszuwachs und Innovation sind,
- I. bessere Verknüpfungen zwischen der Welt der Forschung und der Industrie, insbesondere den KMU, angestrebt werden sollten,
- J. eine bessere Koordinierung von Forschungshaushalten, Strukturfonds und sämtlichen anderen öffentlichen und privaten Finanzierungsquellen auf gemeinschaftlicher, nationaler und regionaler Ebene angestrebt werden sollte,

### ***Europa verdient eine bessere Forschung***

1. unterstreicht die neuen Zuständigkeiten im Forschungsbereich (Artikel III 248-255), die der EU vom Verfassungsvertrag übertragen werden, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung eines EFR; fordert die Kommission auf, konsequent gemäß diesem neuen Rechtsrahmen vorzugehen;
2. billigt die Leitlinien für die künftige gemeinschaftliche Forschungspolitik, wie sie in der Mitteilung der Kommission dargelegt werden; unterstreicht, dass der EFR nur dann möglich sein wird, wenn ein wachsender Anteil der Forschungsmittel auf europäischer Ebene verwaltet wird;
3. ist entschieden der Auffassung, dass eine Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit größere Forschungsmittel erfordert; fordert angesichts der neuen gemeinschaftlichen Zuständigkeiten im Forschungsbereich sowie der Erweiterung auf 25 und bald noch mehr Mitgliedstaaten zumindest eine Verdoppelung der Mittel des Rahmenprogramms und ersucht die Mitgliedstaaten nachdrücklich, dies als ein Minimum zu betrachten, das bei den Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau nicht in Frage gestellt werden darf; fordert die Kommission auf, das RP7 entsprechend ihrem Vorschlag für die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 zu planen;
4. fordert die Synchronisierung der Laufzeit des Rahmenprogramms mit der Laufzeit der Finanziellen Vorausschau im Interesse einer besseren Koordinierung der Planungsarbeit der Kommission und ist der Meinung, dass ein flexibles Programmsystem vorgesehen werden sollte, um nötigenfalls Korrekturen an den Zielen vorzunehmen;
5. ist von der Notwendigkeit der Kontinuität beim Übergang vom RP6 zum RP7 überzeugt und begrüßt zugleich die im Marimon-Bericht vorgeschlagene Verbesserungen, insbesondere jene im Hinblick auf die Notwendigkeit einfacherer und klarerer Verwaltungsverfahren,

### ***Grundlagenforschung und Europäischer Forschungsrat***

6. begrüßt den Vorschlag der Kommission über die Schaffung eines Europäischen Forschungsrates als Reaktion auf eine immer dringender werdende Forderung der europäischen Wissenschaftsgemeinde und im Einklang mit den in den Berichten Mayor und Kok enthaltenen Anregungen;

7. ist fest davon überzeugt, dass der Europäische Forschungsrat auf europäischer Ebene die Grundlagenforschung frei von vorbestimmten Themen auf der Grundlage wissenschaftlicher Exzellenz fördern und zu einem gemeinschaftlichen Mehrwert durch europaweiten Wettbewerb und europaweite Förderung der Kreativität auf höchstem Niveau beitragen wird;
8. hält es für wesentlich, dass der Europäische Forschungsrat angemessen ausgestattet, unabhängig und seinen Geldgebern rechenschaftspflichtig, in seiner Arbeit aber autonom ist;
9. schlägt vor, dass der Europäische Forschungsrat von einem Direktorium und einem wissenschaftlichen Ausschuss geleitet wird, dem hochrangige Wissenschaftler aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen angehören; ist der Meinung, dass ein weltweites Netzwerk von Gutachterpartnern („peer reviewers“) zur Evaluierung der Vorschläge gebildet werden sollte; ist ferner der Auffassung, dass die Leitungsorgane und das Gutachternetz geschlechtsspezifisch ausgewogen besetzt sein sollten;

### ***Humanressourcen***

10. fordert die europäischen Einrichtungen und die Mitgliedstaaten auf, als eine Priorität die Förderung des Zugangs und der Karriereaussichten von Frauen im Forschungsbereich, auch über positive Maßnahmen, zu betrachten; schlägt gemeinschaftliche Initiativen vor, die sich auf die Beseitigung kultureller Stereotype und Barrieren richten, welche Frauen davon abhalten, eine wissenschaftliche Karriere einzuschlagen;
11. ermuntert die Mitgliedstaaten, Studiengänge festzulegen, die auf natürliche Weise zu einer Forscherkarriere führen, und der Industrie Anreize zu bieten, interessante Arbeitsmöglichkeiten für Forscher zu schaffen;
12. ist entschieden der Auffassung, dass sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten wie auch auf Gemeinschaftsebene Bedingungen für eine verbesserte Mobilität der Forscher auf sämtlichen Laufbahnstufen geschaffen werden müssen, die die Mobilität zu einem „Massenphänomen“ machen; hält eine Harmonisierung der Forscherlaufbahnen und -einkommen auf Gemeinschaftsebene für einen entscheidenden Schritt, um die Mobilität der Forscher zu einem Pfeiler des EFR zu machen;
13. unterstreicht, dass die Entwicklung der Forschungsinfrastrukturen von gemeinschaftlichem Interesse eine wesentliche Triebfeder ist, um Wissenschaft und Forschung für die Jugend interessant und Europa für die besten Forscher in der Welt attraktiv zu machen;

### ***Technologietransfer***

14. begrüßt den Vorschlag in Bezug auf „Technologische Initiativen“ auf europäischer Ebene und unterstreicht die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Erleichterung der Beteiligung von KMU;
15. empfiehlt nachdrücklich, dass die Mittel für Instrumente wie die CRAFT-Projekte, die sich explizit auf KMU richten, aufgestockt werden; ermuntert die Mitgliedstaaten,

steuerliche und sonstige Anreize für die Förderung industrieller Innovationen, speziell im Hinblick auf KMU, zu beschließen;

16. fordert die europäischen Einrichtungen und die Mitgliedstaaten auf, auch unter Beteiligung regionaler Einrichtungen (Banken, Stiftungen usw.) die Schaffung von Hochtechnologie-Gründerzentren zu fördern;
17. ist entschieden der Auffassung, dass effizienter und koordinierter Gebrauch gemacht werden sollte von sonstigen Finanzierungsmechanismen (EIB, Strukturfonds, nationalen öffentlichen und privaten Fonds), um Forschung und Entwicklung zu fördern; schlägt in diesem Zusammenhang vor, dass eine positive Beurteilung von Vorschlägen, die im Rahmen des RP eingereicht, dann aber nicht ausgewählt wurden, sozusagen ein „Europäisches Exzellenzsiegel“ für andere Finanzierungsquellen ist;

### *Thematische Prioritäten*

18. ist der Auffassung, dass sich die Festlegung der thematischen Prioritäten im Rahmen des RP7 aus eingehenden Diskussionen zwischen den europäischen Organen ergeben sollte;
19. stimmt der Einbeziehung der Raumforschung und des relativ neuen Bereichs der Sicherheitsforschung in die thematischen Prioritäten zu, ist aber der Auffassung, dass das RP7 u.a. gleichermaßen die Forschung in Bereichen wie Biowissenschaften, Energie und Nanotechnologie unterstützen sollte;

o  
o o

20. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Bewerberländer zu übermitteln.

## BEGRÜNDUNG

**Europa verdient etwas Besseres: Hören wir auf, über Lissabon zu klagen, erarbeiten wir stattdessen eine überzeugende und mutige europäische Forschungspolitik!**

Im Wissen um die Herausforderungen, denen sich die Europäische Union zu Beginn dieses Jahrhunderts stellen muss, und insbesondere im Bewusstsein, dass sich der Rückstand gegenüber ihren größten Konkurrenten immer mehr vergrößert, haben die Staats- und Regierungschefs die Forschungs- und Entwicklungspolitik (FuE) der Union in das Zentrum der Lissabon-Strategie gerückt. Sie ist das wichtigste Instrument zur Förderung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Beim Gipfel von Lissabon wurde die Schaffung eines **Europäischen Forschungsraums** gebilligt, während bei der Tagung des Europäischen Rates in Barcelona vereinbart wurde, dass „die Gesamtausgaben für FuE und für Innovation in der Union erhöht werden sollten, so dass sie **2010** ein Niveau von nahezu **3 % des BIP** erreichen. Diese Neuinvestitionen sollten zu zwei Dritteln von der Privatwirtschaft finanziert werden“.

Die Umsetzung dieses neuen Ansatzes begann mit dem **6. FTE-Rahmenprogramm** (2002–2006; **RP6**)<sup>1</sup>. Das RP6 stellte einen Bruch mit der bisherigen Praxis dar, indem **neue Instrumente** eingeführt wurden, die darauf abzielten, die europäischen Bemühungen im Forschungsbereich zusammenzufassen und auf die Schaffung eines Europäischen Forschungsraums zu konzentrieren. Die Prodi-Kommission hat in den letzten fünf Jahren eine umfassende Forschungspolitik entwickelt und zu diesem Zweck die geballte Kompetenz der Institution (Informationsgesellschaft, Energie, Raumfahrtstechnologie usw.) mobilisiert. Als Teil dieser Strategie schlug die Kommission einen „Aktionsplan“ vor, der darauf abzielte, **die Investitionen in die Forschung zu erhöhen**<sup>2</sup>, und veröffentlichte Mitteilungen über die **Rolle der Universitäten** im Europa des Wissens sowie über die **Grundlagenforschung**<sup>3</sup>.

Die Kommission zog die naturgemäß langfristigen Schlussfolgerungen aus dieser Strategie, als sie in ihren Mitteilungen über die Finanzielle Vorausschau der Union für den Zeitraum 2007 – 2013<sup>4</sup> der Forschung höchste Priorität einräumte und als sie in der hier vorliegenden Mitteilung den gewagten Vorschlag machte, **die Forschungsmittel der Union zu verdoppeln**. Im **Bericht Kok**<sup>5</sup> über die Lissabon-Strategie wurde auch festgestellt, dass in zwei Politikbereichen dringende Maßnahmen erforderlich sind, nämlich „Europas Attraktivität für Forscher und Wissenschaftler erhöhen“ und „FuE zu einer absoluten Priorität machen“.

Die Berichterstatterin kann nach einer eingehenden Prüfung der vorliegenden Mitteilung der Kommission den darin enthaltenen allgemeinen Leitlinien nur zustimmen. Sie möchte allerdings folgende Anmerkungen machen:

1. „**Europa verdient eine bessere Forschung**“. Wenn man Europa wettbewerbsfähiger machen will, erfordert dies angemessene Finanzmittel. Der Europäische Forschungsraum wird

---

<sup>1</sup> ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 1.

<sup>2</sup> KOM(2003) 226.

<sup>3</sup> KOM(2003) 58, KOM(2003) 436 und KOM(2004) 9.

<sup>4</sup> KOM(2004) 101 und KOM(2004) 487.

<sup>5</sup> [http://europa.eu.int/comm/councils/bx20041105/kok\\_report\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/councils/bx20041105/kok_report_de.pdf).



möglich sein, wenn ein zunehmender Anteil der Forschungsmittel auf europäischer Ebene verwaltet werden kann. Die Mittel für das RP6 belaufen sich auf nur 5,4 % der gesamten öffentlichen Forschungsausgaben in Europa. Mit der gleichen Entschlossenheit, die sie bei der Vollendung des Binnenmarktes und der Europäischen Währungsunion an den Tag gelegt wurde, sollte die Union nun die Schaffung des Europäischen Forschungsraum betreiben.

Ein echter Wettbewerb auf europäischer Ebene kann durch eine nationale Finanzierung beeinträchtigt werden, wenn diese der Rettung von Projekten von geringer Qualität dient, die nicht wettbewerbsfähig genug sind, um eine EU-Finanzierung zu erhalten. Es sollte eine ausreichende Abstimmung zwischen der europäischen und der nationalen Ebene geben, um eine einheitliche Qualität der finanzierten Projekte zu gewährleisten.

**2. Kontinuität.** Das RP7 ist als Fortsetzung des RP6 zu betrachten. Die Berichterstatterin ist der Auffassung, dass das RP6 einen qualitativen Fortschritt gegenüber der Vergangenheit bedeutete, da es der Forschung neuen Auftrieb gegeben und insbesondere Interventionsmöglichkeiten eingeführt hat, die mit dem Ziel der Schaffung eines Europäischen Forschungsraums vereinbar sind.

Gleichzeitig möchte die Berichterstatterin die im Bericht Marimon vorgeschlagenen Verbesserungen berücksichtigen. In diesem Bericht werden zwar die Instrumente des RP6 gebilligt und es wird betont, dass bei der Planung der Forschungsprogramme die Kontinuität gewahrt werden muss, aber es wurden auch verschiedene Korrekturmaßnahmen vorgeschlagen, die die Instrumente flexibler und benutzerfreundlicher machen sollen.

**3. Laufzeit der RP.** Wenn man die Notwendigkeit der Kontinuität anerkennt, folgt daraus logischerweise, dass der Planungszeitraum der RP verlängert werden sollte. Es wurde vorgeschlagen, dass sich die Programmplanung über längere Zeiträume erstreckt (z.B. die gleichen, wie sie für die Finanzielle Vorausschau gelten), verknüpft mit regelmäßigen Anpassungen der Ziele im Sinne eines flexiblen Programms. Dies wird als ein Mittel zur Erhöhung der Planungssicherheit, zum Schritthalten mit neuen technologischen Entwicklungen und zur Ermöglichung einer besseren Koordinierung mit anderen Finanzierungsquellen gesehen.

**4. Finanzielle Vorausschau.** Es ist völlig absurd, ein neues RP zu planen, ohne den Betrag der verfügbaren Finanzmittel zu kennen! Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas erfordert deutlich höhere Forschungsmittel. In Anbetracht der neuen gemeinschaftlichen Zuständigkeiten im Forschungsbereich und der Erweiterung auf 25 und bald noch mehr Mitgliedstaaten sollten die Mittel für das Rahmenprogramm zumindest verdoppelt werden. Die Mitgliedstaaten sollten dies als ein Minimum betrachten, das bei den Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau nicht in Frage gestellt wird.

**5. Europäischer Forschungsrat.** Die Grundlagenforschung ist für erfolgreiche Innovationen ausschlaggebend. Die Berichterstatterin begrüßt den Vorschlag der Kommission, einen Europäischen Forschungsrat zu schaffen. Ungeachtet der genauen Bezeichnung dieser Einrichtung (Rat/Stiftung/Behörde) entspricht der Vorschlag für ihre Einsetzung einer mit immer größerem Nachdruck gestellten Forderung der europäischen Wissenschaftler, einen europäischen Mechanismus zur Unterstützung der Grundlagenforschung zu schaffen. In den letzten beiden Jahren wurde eine ausführliche Diskussion darüber geführt, wie auch in den

Berichten Mayor und Kok unterstrichen wird.

Europäischer Mehrwert. Der Europäische Forschungsrat würde einen europaweiten Wettbewerb zwischen den besten Forschern bzw. Forscherteams ermöglichen, **und zwar ausschließlich auf der Grundlage der wissenschaftlichen Exzellenz und frei von vorbestimmten Themen**, und würde demnach die Kreativität auf höchster Ebene fördern, und zwar in neuen Bereichen, wobei wir heute nicht wissen können, in welchen Bereichen morgen die größten Entdeckungen gemacht werden. Gleichzeitig würde der Europäische Forschungsrat den Europäischen Forschungsraum stärken, indem er der Wissenschaft ein europäisches Profil verleiht.

Management. Es ist wichtig, dass **der Europäische Forschungsrat angemessen finanziert, unabhängig und seinen Geldgebern rechenschaftspflichtig ist, dabei aber in seiner Arbeit autonom bleibt**. Die Berichterstatterin ist der Ansicht, dass der Forschungsrat aktive Schnittstellen zu anderen europäischen Forschungseinrichtungen und Körperschaften aufweisen sollte. Er könnte zwei Leitungsgremien haben (einen Verwaltungsrat und einen wissenschaftlichen Ausschuss, bestehend aus hochrangigen Wissenschaftlern aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen) und über ein weltweites Netz von gutachtenden Partnern (peer reviewers) verfügen, die mit den Evaluierungen der Vorschläge befasst sind. **Die Lenkungsorgane und das Gutachternetz sollten geschlechtsspezifisch ausgewogen besetzt sein**. Die Gesamtzeit für die Evaluierung eines Vorschlags müsste aber unbedingt kurz sein (und dürfte 60 Tage nicht übersteigen).

Finanzierung. Die Finanzierung des EFR sollte aus dem EU-Haushalt und – wenn möglich – aus anderen Quellen stammen. Der EFR sollte nicht auf Kosten anderer Instrumente wie IPs (Integrierte Projekte), NoEs (Exzellenznetze) oder STREPs (spezielle gezielte Forschungsprojekte) finanziert werden, die auf die Integration der Forschungsaktivitäten auf europäischer Ebene abzielen und sich auf thematische Prioritäten konzentrieren. Ferner **sollte die Finanzierung nationaler Programme nicht aufgrund der europäischen Unterstützung gekürzt werden**. Damit das wesentliche Ziel, nämlich der Gesamtanstieg der europäischen FuE-Ausgaben auf 3 % des BIP, erreicht wird, ist die Beibehaltung aller möglichen Beiträge erforderlich.

6. **Humanressourcen.** Mehr Forschung bedeutet auch mehr Forscher. Wenn das Ziel von Investitionen in FuE in Höhe von 3 % des BIP erreicht werden soll, braucht die EU bis 2010 700.000 neue Forscher. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Rolle der Frauen in der Wissenschaft gewidmet werden. Die Mitgliedstaaten sollten der Förderung des Zugangs und der Laufbahnmöglichkeiten von Frauen im Forschungsbereich auch über positive Maßnahmen Priorität einräumen. Es sollten europäische Initiativen ergriffen werden, um kulturelle Stereotype und Hemmnisse zu beseitigen, die Frauen davon abhalten, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen.

Die Wissenschaft für junge Menschen attraktiv machen. Den Enthusiasmus von Jugendlichen für die Wissenschaft wecken und wissenschaftliche Laufbahnen fördern sind zwei Aspekte desselben Problems, die gezielte Maßnahmen sowohl der Mitgliedstaaten als auch der EU erfordern. Eine engere Verzahnung zwischen den Bildungssystemen und den wissenschaftlichen Berufen sollte durch die Schaffung von „Ausbildungswegen“ erfolgen, die automatisch in eine Forschungslaufbahn überleiten. Gleichzeitig sollte es auch möglich sein,

promovierten Akademikern interessante Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Forschung zu bieten. Die Forschungslaufbahn attraktiv machen bedeutet, Jugendlichen frühere und bessere Chancen bieten: Je besser die Bedingungen für junge Forscher sind, desto größer wird ihre Zahl.

*Europa für die besten Forscher attraktiv machen.* Die EU muss auch für die besten Forscher aus Drittstaaten attraktiver werden. Die Berichterstatterin weist nachdrücklich darauf hin, dass die jüngst von der Kommission vorgeschlagene Initiative für diesen Bereich<sup>1</sup> so rasch wie möglich angenommen werden muss.

*Mobilität.* Mobilität sollte zu einem „Massenphänomen“ unter Wissenschaftlern **auf allen Laufbahnebenen** werden. Der problemlose Zuzug bzw. Weggang von Wissenschaftlern ist ein wesentliches Element für die Schaffung neuen Wissens. **Die „Marie Curie“-Maßnahmen sollten ausgebaut und mit höheren Haushaltsmitteln ausgestattet werden.** Ferner sollte der EFR die Mobilität durch spontane Ad-hoc-Vorkehrungen fördern. In diesem Zusammenhang werden auch Laufbahnstipendien wichtig sein, die die Unabhängigkeit junger Wissenschaftler unterstützen. Sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch der EU sind Bedingungen zu schaffen, die die Mobilität fördern: Sind diese Bedingungen nicht gegeben, so trägt dies dazu bei, dass die Forscher in attraktivere Länder abwandern, wodurch die wissenschaftliche Aktivität in Europa verkümmert.

**7. Technologietransfer, vor allem an KMU.** Es sollte eine bessere Verbindung zwischen Forschung und Industrie angestrebt werden. Die Berichterstatterin begrüßt den Vorschlag in Bezug auf ‚technologische Initiativen‘ auf europäischer Ebene. Gleichzeitig ist es ihrer Ansicht nach nicht offenkundig, dass KMU ausreichenden Zugang zu solchen Initiativen haben werden. In jedem Fall sollten **die Mittel für die Instrumente**, wie etwa die CRAFT-Projekte, **die explizit auf KMU abzielen, aufgestockt werden.** Derzeit besteht kaum eine Beziehung zwischen Universitäten/Forschungszentren und KMU, vor allem weil die KMU nicht überzeugt sind, dass sie davon profitieren können. Die Mitgliedstaaten sollten steuerliche und/oder andere Maßnahmen annehmen, die auf die Förderung der industriellen Innovation, vor allem im Hinblick auf KMU, abzielen. Andererseits würde die Einführung eines Gemeinschaftspatents Zeit und Kosten im Zusammenhang mit der industriellen Anwendung der Forschung sparen.

Europa braucht ein Netz von geschickten Vermittlern, um die Ergebnisse der akademischen Forschung in Produktionsfaktoren für die Industrie zu überführen. Es muss eine neue Klasse von Unternehmern entstehen, die im Bereich der Forschung promoviert haben und dann den folgenden Weg einschlagen: Doktorat, Spin-offs (sich daraus ergebende Anwendungen), Technologiezentren, Industrie. Promovierte Akademiker wären eher bereit, in die Wirtschaft zu gehen, wenn sie während ihres Studiums ein unternehmensfreundliches Umfeld kennen gelernt hätten. Die Entstehung von Spin-offs sollte durch Technologiezentren gefördert werden, in die regionale Einrichtungen eingebunden sind (Banken, Stiftungen usw.) und an denen auch Universitäten beteiligt sind. So werden die Universitäten zu Unternehmen, die zwischen der Forschung und der Industrie vermitteln können.

---

<sup>1</sup> KOM(2004) 178

Auch die Strukturfonds sollten besser genutzt werden, um die FuE auf regionaler Ebene zu unterstützen. Eine positive Beurteilung von Vorschlägen, die im Rahmen des RP eingereicht, dann aber nicht finanziert werden, sollte sozusagen ein „**Europäisches Exzellenzsiegel**“ für andere Finanzierungsmechanismen (EIB, Strukturfonds, nationale öffentliche und private Mittel) sein.

8. **Allgemeine Punkte.** Die Berichterstatterin ist folgender Ansicht:

- Es könnte sinnvoll sein, die jeweiligen nationalen Gegebenheiten zu untersuchen und sie mit den in den einzelnen Ländern erzielten Ergebnissen zu vergleichen, um festzustellen, ob die Ergebnisse von formalen Fragen abhängen. Die EU könnte Anreize für jene schaffen, die zu „produktiveren“ Formen übergehen.
- Die Grundlagenforschung sollte alle Bereiche abdecken, auch die Sozial- und Geisteswissenschaften, wobei besonderer Nachdruck auf der Interdisziplinarität liegt.
- Die Festlegung der thematischen Prioritäten für die Finanzierung im Rahmen des RP7 sollte Gegenstand einer aktiven Diskussion zwischen den europäischen Organen sein. Die Berichterstatterin stimmt der Einbeziehung der Raumforschung und des relativ neuen Bereichs der Sicherheitsforschung in die thematischen Prioritäten, wie von der Kommission vorgeschlagen, zu, ist aber der Auffassung, dass das RP7 gleichermaßen unter anderem die Forschung in den Bereichen Biowissenschaften, Energie und Nanotechnologie fördern sollte.